

Aktuelles aus dem Landtag und
dem Wahlkreis Freudenstadt von
Ihrem Landtagsabgeordneten
Dr. Timm Kern

AUSGABE 02 / 2020

KERN BOTSCHAFTEN

Die Corona-Krise als Chance auf spürbare Verbesserung begreifen

Veränderungspotenzial für eine erstklassige Bildung nutzen

Ab Seite 19

Kern-Praktikum in Seewald

Nachhaltige Waldarbeit muss mehr
Anerkennung erfahren

Seite 4-7

Besuch der Alpirsbacher Klosterbrauerei

Statt Gießkanne braucht es Impulse
für nachhaltige Wertschöpfung

Seite 8-9

Freie
Demokraten
FDP

Kürzlich gestellte **Anträge & Anfragen** an die Landesregierung

Auswirkungen von Trockenheit, Sturm und Schädlingen auf den Wald im Landkreis Freudenstadt

Drucksache 16 / 8064 | 25.06.2020

Dem Antisemitismus durch eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Shoa und dem Judentum in den Schulen vorbeugen

Drucksache 16 / 8057 | 25.06.2020

Religion und Ethik im Rahmen der neuen Pflegeausbildung

Drucksache 16 / 8312 | 23.06.2020

Stand der Umsetzung der Bildungsplattform

Drucksache 16 / 8313 | 23.06.2020

Digitale Ausstattung der Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte auch längerfristig sicherstellen

Drucksache 16 / 8220 | 05.06.2020

Praxisstart der generalisierten Ausbildung in den Pflegeberufen

Drucksache 16 / 7887 | 20.05.2020

Nutzen wir die aktuellen Erfahrungen digitalen Unterrichtens und Lernens

Drucksache 16 / 7925 | 15.05.2020

Positivliste für geeignete Hardware und Software an den Schulen

Drucksache 16 / 8132 | 15.05.2020

Verzögerungen bei der Digitalisierung der Schulen

Drucksache 16 / 7788 | 26.03.2020

Verfahren bei der Prüfung einer Wiedereinführung des zweijährigen Lehramtsreferendariats

Drucksache 16 / 7791 | 20.03.2020



Den Livestream der Debatten und Reden finden Sie in der Mediathek des Landtags:

www.landtag-bw.de/home/mediathek.html



Alle Gesetzesentwürfe, Anfragen und Anträge der FDP/DVP-Fraktion finden Sie online unter:

www.landtag-bw.de/home/dokumente/drucksachen.html

INHALT

Kern-Praktikum „Wald“ | Seite 4

Zahlen und Fakten „Holz und Forst“ | Seite 7

Firmenbesuche: Alpirsbacher Klosterbrauerei | Seite 8

Feine Landhaus Wohnkultur | Seite 12

Kolumne: Gaststättensterben | Seite 10

Besonders betroffene Branchen | Seite 11

Live-Talk: Frauenhilfe Freudenstadt e.V. | Seite 14

Stiftung Eigen-Sinn | Seite 15 | Sylvia M. Felder (CDU) | Seite 16

Infrastruktur: Gäubahn | Seite 17

Mobilfunk- und Breitbandausbau | Seite 18

Bildung: Die Krise als Chance begreifen | Seite 19

Fünf Akutmaßnahmen | Seite 20 | Fünf Schlussfolgerungen | Seite 22

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Bürgerinnen und Bürger,

*„Der Eine wartet, dass die Zeit sich wandelt,
der Andere packt sie kräftig an und handelt!“*



Dante Alighieri (1265-1321) lieferte mit dieser Aussage eine zentrale Botschaft auch für unsere Zeit. Zum einen erleben wir seit einigen Monaten mit der Corona-Pandemie zahlreiche, tief einschneidende gesellschaftliche Veränderungen. Andererseits befinden wir uns auch inmitten großer globaler Umbrüche: Klimawandel, Digitalisierung, ein immer aktiveres Auftreten der Weltmacht China bei gleichzeitigem Rückzug der Vereinigten Staaten, politische Polarisierung in Europa – dies sind nur einige wenige Stichworte dafür.

In diesen Zeiten des Wandels ist es für mich zugleich Aufgabe und Verpflichtung, als Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg im

Rahmen meiner Möglichkeiten diese Veränderungen politisch zu begleiten und konstruktiv zu beeinflussen.

Ich habe mich deshalb dazu entschlossen, im Wahlkreis Freudenstadt als Freier Demokrat wiederum bei der kommenden Landtagswahl 2021 anzutreten. Für das große Vertrauen der FDP-Mitglieder, die mich Mitte Juli in Baiersbronn für die Landtagswahl am 14. März nominiert haben, bedanke ich mich sehr herzlich!

Welche Ziele und welche Themen will ich angehen? Die Freien Demokraten verstehen sich als Partei der Mitte und des politischen Ausgleichs. Dies bedeutet, dass die FDP anschlussfähig sein muss für alle demokratischen Parteien. Aus meiner Sicht werden die Freien Demokraten für eine gute

und für eine mutige Politik in Baden-Württemberg gebraucht. Wir sind bereit, Verantwortung für unser Land zu übernehmen, wenn uns die Bevölkerung den Auftrag dazu erteilt.

Im **Landkreis Freudenstadt** sind es vor allem diese Themen, für die ich mich mit Herzblut weiter einbringen werde:

- 1. Der Erhalt und der Ausbau eines vielfältigen und leistungsorientierten Bildungsangebots**
- 2. Den Landkreis zu einem Gesundheitskreis machen**
- 3. Die Förderung von klein- und mittelständigen Unternehmen**
- 4. Die Stärkung der Ehrenamtlichen**
- 5. Einen Staat, der sich auf seine eigenen Aufgaben konzentriert und sich als „Möglich-Macher“ präsentiert.**

Für mich ist und bleibt meine Abgeordnetentätigkeit in erster Linie Dienstleistung: Das heißt, ich werde...

...nah an den Menschen tätig sein,
...mit den Menschen gemeinsam tätig sein,
...für die Menschen tätig sein.

Ich freue mich auf diese Herausforderung und den fruchtbaren Austausch mit Ihnen über die Frage, wie wir unsere Region lebens- und liebenswert gestalten.

Viel Freude bei der Lektüre dieser Kern-Botschaften!

Herzliche Grüße

Landtagsabgeordneter
für den Landkreis Freudenstadt
Stv. Fraktionsvorsitzender der
FDP/DVP-Landtagsfraktion

Kern-Praktikum „Wald“ mit Jochen Bier in der Gemeinde Seewald

Nachhaltige Waldarbeit muss mehr Anerkennung erfahren

Jochen Bier (Privatförster, Forstdienstleister) und sein Team wissen, auf was es im Wald ankommt.

Politische Entscheidungen müssen sich viel mehr am Alltagsleben der Menschen ausrichten.



Schadholz für örtlich gelegene Nahwärmeerzeugung zu nutzen, wäre eine ideale ökologische Verwertung!

Jochen Bier

Unsere Region ist eine weltweit geachtete Marke für nachhaltige Waldnutzung, innovative Holzbearbeitung und ressourcenschonende Nutzung des Rohstoffes Holz. Wälder werden angesichts der Klimaveränderungen zunehmend an Bedeutung gewinnen, deshalb müssen wir politisch einen Schwerpunkt auf diesen Bereich legen und durch kluge Anreize dafür sorgen, dass Waldarbeit Anerkennung erfährt und die Lunge des Planeten erhalten bleibt.

Dies war das Fazit meines Kern-Praktikums rund um das Thema Wald und Holz. In der Gemeinde Seewald packte ich bei Privatförster und Forstdienstleister Jochen Bier und seinem Team mit an. Ich habe wahrgenommen, dass nachhaltige Waldarbeit

immer noch auf viel händische Arbeit und Anstrengung angewiesen ist. Meine größte Anerkennung für die fleißigen Anpacker, die dafür sorgen, dass unsere Wälder intakt bleiben. Dass bereits die große Menge an Sturmholz nach „Sabine“ aufgearbeitet ist, haben wir ihnen zu verdanken.

Durch die Trockenheit der letzten Jahre ist der Borkenkäferbefall in den Wäldern erheblich gestiegen. „Auch wenn das Regenwetter unbeliebt ist, die Natur und vor allem unsere Wälder brauchen dringend viel Regen“, sagte Jochen Bier. Die befallenen, abgestorbenen Käferholzbäume müssen schnellstmöglich aus den Wäldern geschafft werden, damit sich der Schädling nicht weiter ausbreitet.



Die Schadholzaufarbeitung von Sturm- und Käferholz entlang von öffentlichen Straßen ist dabei besonders anspruchsvoll und war erste Station während des Arbeitseinsatzes. „Wir brauchen eine verkehrsrechtliche Anordnung für die Straßensperrung. An steilen Hängen sind die Fällarbeiten sehr schwierig, Baumstamm und Äste müssen sofort aufgearbeitet und die verdreckten Straßen gesäubert werden“, erklärte Jochen Bier. Er betreut in Seewald und Umgebung weit mehr als 100 Privatwaldbesitzer mit über 1000 Hektar Waldfläche. Im Landkreis Freudenstadt bestehen 63 Prozent der Gesamtfläche aus Wäldern. Potentiale sahen die Gesprächspartner beispielsweise darin, befallenes Holz, das als Baustoff nicht in Frage kommt, für örtlich gelegene Nahwärmeerzeugung zu nutzen. „Das wäre eine ideale ökologische Verwertung, die verstärkt ermöglicht werden muss“, so Jochen Bier.

Nach der Mittagspause war das Sägewerk „Pfeifle Holz“, im Schorrenal mit einer über 160-jährigen Familientradition, die zweite Station. Das im Jahre 2000 neu umgebaute Sägewerk für Starkholzeinschnitt fiel 2005 einem Brand zum Opfer. Die Eigentümer entschieden sich, das neue Sägewerk weiter als Starkholzsägewerk mit Block- und Trennbandsägen-Technologie auszubauen und zu betreiben.

Zuletzt pflanzten Jochen Bier und ich auf einer ehemaligen Sturmfläche neben Bergahorn und Wildkirschen auch einige Esskastanien-Bäume. „Wiederbepflanzung, Kultursicherung und Jungbestandspflegearbeiten sind wesentliche Bausteine, um den Wald zu erhalten und für den Klimaschutz weiter fruchtbar zu machen“, erklärte Jochen Bier.

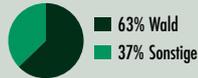
Einen kompletten Tag bei Jochen Bier zu verbringen, hat mir einen vertieften

Eindruck der Arbeitsweisen und Aufgaben der Holzwirtschaft vermittelt. Diese praktischen Erfahrungen sind das Alltagsleben der Menschen und daran müssen sich politische Entscheidungen stärker ausrichten.

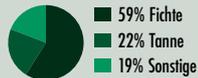


Zahlen & Fakten „Forst und Holz“ Landkreis Freudenstadt

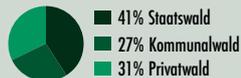
Flächenaufteilung



Hauptbaumarten



Besitzverteilung



Waldbauarten / Öffentlicher Wald



Verteilung Beschäftigte (Bereiche)

ca. 6.825 Beschäftigte (im Regierungsbezirk Karlsruhe)



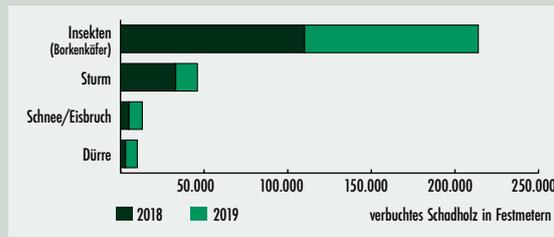
Davon 2.800 Beschäftigte

im Holzverarbeitungsmaschinenbau



Die Branche Forst und Holz ist einer der umsatzstärksten und beschäftigungswirksamsten Wirtschaftssektoren in Deutschland. Dies trifft insbesondere auf Baden-Württemberg mit einem Jahresumsatz von 31 Mrd. Euro zu, erwirtschaftet in 29.000 Unternehmen mit 175.000 Beschäftigten. Obwohl der Anteil der Beschäftigten im Regierungsbezirk Karlsruhe mit 3,9 % im Vergleich zu den anderen Regierungsbezirken geringer ausgeprägt ist, bildete der Nordschwarzwald mit den Kreisen Calw und Freudenstadt mit 1.600 Beschäftigten im Cluster Forst & Holz eine signifikante Hochburg im Bereich des technologisch hochentwickelten

Innenausbaus und der Herstellung von Möbeln. Außerdem sind alleine im Landkreis Freudenstadt 2.200 von insgesamt 2.800 Menschen (im Regierungsbezirk Karlsruhe) im Sektor „Holzbearbeitungsmaschinenbau“ beschäftigt. Damit ist Freudenstadt Spitzenreiter und von **besonderer wirtschaftlicher Bedeutung**. Mit einer Fläche von 55.600 Hektar ist der Landkreis überdurchschnittlich bewaldet und spielt damit auch aus ökologischer Sicht eine entscheidende Rolle. Mit einer CO₂-Speicherkapazität von **477,5 Tonnen je Hektar** speichert der Wald im Landkreis Freudenstadt **26,5 Mio. Tonnen CO₂**.



Wenngleich die Sturmholzaufbereitung („Sabine“ Februar 2020) weitestgehend abgeschlossen ist, ist neben Dürre/Witterungsschäden das Käferholz der Hauptgrund, warum der Zustand der Wälder im Landkreis, aber auch landesweit, als **kritisch** zu bewerten ist.

Auf meine Anfrage, inwiefern Abfall-/Käferholz bspw. auch für die örtliche Nahwärmeversorgung genutzt wird, antwortete das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, dass derzeit keine Zusammenarbeit mit örtlichen Energieversorgern bestehe. **Das muss sich dringend ändern!** Wir brauchen Lösungen für die rasche Ab- und Aufarbeitung der Käferholzes. Und so erschließt es sich mir nicht, warum hier keine Zusammenarbeit mit örtlichen Energieversorgern vorangetrieben wird. Denn mit hoch innovativen Unternehmen, wie bspw. der Weiler Wärme in Pfalzgrafenweiler und mit der aktuell sehr schwierigen Lage des Holzmarkts, läge eine enge Zusammenarbeit doch eigentlich auf der Hand.

Besuch bei der Alpirsbacher Klosterbrauerei

Statt Gießkanne braucht es Impulse für nachhaltige Wertschöpfung

Wir sind noch lange nicht über den Berg.

Carl Glauner, Inhaber Alpirsbacher Klosterbrauerei, über die Folgen der Corona-Pandemie.

Kein einfaches Weiter-so.

Besser als die Mehrwertsteuer-Absenkung wäre eine dauerhafte Entlastung für Privatpersonen und Unternehmen.

„Durch den monatelangen Einbruch bei der Gastronomie sind wir trotz des leichten Anstiegs der letzten Tage noch lange nicht über den Berg. Viele Privatleute haben ihre Gärten und Innenräume verschönert, auch dort lässt es sich gut verweilen. Ob sie in ihrer Gesamtheit wieder öffentliche Gaststätten besuchen, bleibt abzuwarten. Positiv ist, dass die Außen-gastronomie an vielen Stellen gut angenommen wird.“

Carl Glauner, Inhaber der Alpirtsbacher Klosterbrauerei, erläuterte meinem Landtagskollegen Daniel Karrais (Rottweil) und mir bei einem Ortsbesuch Ende Mai seine Einschätzung der aktuellen Lage bei Brauereien, Gaststätten und Tourismusbetrieben.

„Viele Einzelhändler melden zurück, dass der ausbleibende Tagestourismus im nördlichen Schwarzwald zu herben Umsatzeinbrüchen führt. Leider gab es auch Gaststätten, die im Zuge unserer Alpi Bonds-Aktion signalisiert haben, dass sie ihre Lokale vermutlich dauerhaft schließen wer-

den. Fehlen öffentliche Treffpunkte, so fehlt aber auch ein wichtiger Motor für bürgerschaftliches Engagement“, sagte der Brauereieinhaber.

Mit Blick auf das Konjunkturprogramm der Großen Koalition sagte Carl Glauner: „Die sechsmonatige Absenkung der Mehrwertsteuer bringt erhebliche bürokratische Aufgaben mit sich. Angesichts der voreiligen Euphorie bleibt abzuwarten, ob daraus eine dauerhafte Konjunkturwirkung ausgeht. Besser wäre eine dauerhafte Entlastung für Privatpersonen und Unternehmen gewesen, damit diese auch in technologische Innovationen investieren können.“

Auch für Daniel Karrais und mich ist klar, dass die jetzigen Erfahrungen zwingend für einen Neuanfang und kein einfaches „Weiter-so“ genutzt werden müssen: Die digitalen Defizite des Staates und der Bildungseinrichtungen sind eklatant. Deshalb müssen jetzt spürbare Verbesserungen her. Beispielhaft nannte Daniel Karrais ein digitales Bürgerkonto, da-

mit endlich Schluss ist mit dem Dokumenten-Wirr-Warr und unzähligen Amtsbesuchen für einfachste Verwaltungsdienstleistungen.

Investitionsausgaben, wie die Förderung von Glasfaser-Breitbandanschlüssen und dauerhaften Verbesserungen für hervorragend ausgestattete Bildungseinrichtungen, sind für mich jetzt das Gebot der Stunde. Statt der Gießkanne brauchen wir Impulse, die dauerhaft zu nachhaltiger Wertschöpfung führen. Privatpersonen, die Glasfaser haben, sparen sich künftig viel Zeit beim digitalen Arbeiten. Lehrer, die gut ausgestattet sind, können mit Schülern und Eltern zusammenarbeiten und sich so besser auf pädagogische Arbeit konzentrieren.

Carl Glauner ermutigte uns Abgeordnete, solche Zukunftsentwürfe stärker in die politische Debatte einzubringen.



KERN-GESPRÄCH

Online anschauen

Bei der Veranstaltungsreihe **Kern-Gespräch** diskutiere ich mit spannenden Gästen über vielfältige Themen, auf die es in unserer Region und darüber hinaus ankommt. Corona-bedingt zeichnen wir diese Gespräche bis auf Weiteres auf und publizieren Sie auf meiner Website und meinen sozialen Kanälen.

Anfang Juni unterhielt ich mich mit **Eva Michielin** (Künstlerin und Transformation Coach) über die Frage, wie wir **Wirtschaft und Natur miteinander versöhnen können**. In den nächsten Ausgaben begrüße ich u.a. **Pastor Damian Carruthers** (Baiersbronn) und **Gerhard Brand** (Landesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung).



**Auf YouTube
ansehen!**

<https://youtu.be/t3m6iOt8uhI>

Das Gaststättensterben muss aufgehalten werden

Oft mache ich mir Gedanken über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dank des Internets wird die Welt tatsächlich zum „Dorf“ – mit scheinbar unbegrenzten Chancen für unsere jungen Menschen.

Reicht es aber für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft aus, wenn die Mitglieder dieser Gesellschaft möglichst viele Wahlmöglichkeiten haben? Der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf war der Überzeugung, dass es für die Stabilität einer Gesellschaft unverzichtbar sei, dass es neben diesen Wahlchancen auch klare Wertvorstellungen und Institutionen geben müsse. Er nennt diese „Ligaturen“.

Vor diesem Hintergrund möchte ich auf eine bedenkliche Entwicklung im ländlichen Raum hinweisen, nämlich das Sterben von Gasthäusern und dem damit verbundenen Wegfall öffentlicher Treffpunkte. Für Baden-Württemberg bezifferte das Statistische Landesamt 2019 den Rückgang der angemeldeten Gaststätten von 2008

bis 2017 in ländlichen Kreisen zwischen 10 und 25 Prozent. Die Corona-Auswirkungen verstärken diesen negativen Trend möglicherweise.

Die Ursachen für das Gaststätten-Sterben sind vielfältig: Löhne, Arbeitszeiten, schwierige Personalgewinnung uvm. In manchen Orten versuchen Vereinsheime die Funktion der Gaststätten zu ersetzen. Oft sind es wenige treue Ehrenamtliche, die Woche für Woche die Bewirtung übernehmen. Ihr Einsatz ist von enormer Bedeutung – weit über den eigenen Verein hinaus. Aber Ehrenamt hat Grenzen. Deshalb muss unternehmerisches Engagement politisch durch einen nachvollziehbaren, praxisnahen Rahmen ermöglicht werden. Auch die Zuverdienstgrenzen sollten endlich so angepasst werden, dass von jeder Arbeitsstunde mehr Nettolohn übrigbleibt.

In öffentlichen Räumen begegnen sich Menschen aus unterschiedlichsten Bereichen: Hier tauschen sie Argumente aus; die hier stattfindenden Diskus-

sionen über „Gott und die Welt“ sind frische Luft für die Lungen unserer Demokratie. Auch Stammtische sind Orte, an denen in der Sache heftig gestritten wird. Dieser persönliche Austausch ist nach meinem Verständnis deutlich gewinnbringender als eine entpersonalisierte Diskussion in den sozialen Medien. Vermutlich hat der rauere, gesellschaftliche Umgang auch mit der zunehmenden Verlagerung der öffentlichen Debatte in den anonymen, digitalen Raum zu tun.

Mir ist es ein Anliegen, dass wir uns alle für intakte öffentliche Räume einsetzen: durch unseren Besuch in den Gaststätten oder durch Versammlungen und Feste, die mit Vereinen, Firmen oder Parteien dort durchgeführt werden. Vielleicht führt der Corona-bedingte Rückzug ins Private dazu, dass wir die Bedeutung öffentlicher Räume neu zu schätzen lernen. Es wäre eine gute Sache, auch für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

„Gezielte Injektionen“ sind gefordert

Betroffene Branchen brauchen echte Perspektiven

Die von der Corona-Krise besonders betroffenen Branchen wie Hotellerie, Gastronomie, die Veranstaltungsbranche und auch Künstler, Schausteller und Messebauer brauchen dringend eine handfeste Perspektive. Sie stellen in Baden-Württemberg mehr Arbeitsplätze als zum Beispiel die Automobilindustrie. Sie stiften gesellschaftliche Treffpunkte und ermöglichen Kultur, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar sind. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, damit die Corona-Krise nicht zu reihenweiser Existenzvernichtung dieser Betriebe und Selbstständigen führt.

Mit dieser Position bezog ich nach ausführlichen Gesprächen mit Betroffenen Mitte April Stellung. Viele dieser Betriebe wurden als erstes geschlossen und werden voraussichtlich als letztes wieder komplett ihre Aufträge wahrnehmen können.

Der ehemalige Vorsitzende des Vereins Mini-Rock-Festival Horb am Neckar e.V. und Geschäftsführer der Firma castX GmbH, **Stefan Lazar**, erläuterte eindrücklich, dass die bisherigen Sofortmaßnahmen zwar kurzfristig helfen, aber auf Dauer nicht ausreichen, um die Existenz vieler Betriebe und Selbstständigen der Veranstaltungsbranche zu sichern: „Wir werden sehr lange keine großen Veranstaltungen in bekanntem Maß mehr umsetzen können. Diese Einnahmen sind unwiederbringlich weg und es gibt keine Nachholeffekte, die laufenden Kosten bleiben aber. Um es klar zu sagen: Unsere Branche braucht neue Hilfsinstrumente, die eine Perspektive bieten, sonst stirbt der Kulturbetrieb an vielen Orten aus. Zu den anfänglichen Gießkannen brauchen wir nun gezielte Injektionen.“

Beate Gaiser und **Jörg Möhrle**, DE-HOGA-Vorsitzende im Landkreis Freudenstadt, berichteten mir von

der massiven Unsicherheit vieler Hotel- und Gaststättenbetreiber: „Für uns war es ein Nackenschlag, dass wir bei den Verlautbarungen von Bund und Ländern nicht einmal erwähnt wurden. So wie andere gesellschaftlichen Bereiche auch, nehmen wir selbstverständlich unsere Verantwortung für den Gesundheitsschutz wahr. Deshalb arbeiten wir akribisch daran, Hygiene- und Abstandsregeln für eine Wiedereröffnung einzuhalten. Selbst wenn wir wieder öffnen dürfen, werden wir zunächst bei eingeschränktem Geschäft mit Hygieneauflagen nicht oder nur schwer wirtschaftlich arbeiten können. Die bisherigen Maßnahmen wie Soforthilfe oder Kurzarbeitergeld müssen durch einen umfassenden Rettungsschirm ergänzt werden. Über ein Drittel der Betriebe der Hotellerie und Gastronomie sind in ihrer Existenz gefährdet und gehen sonst unumkehrbar verloren.“

Neben der Öffnungsperspektive für

Hotels und Gaststätten unterstütze ich deshalb auch die Vorschläge von **Michael Theurer** (MdB), der vielversprechende Hilfsinstrumente für die besonders hart betroffenen Branchen in die Diskussion brachte:

Durch Verlustrückträge über eine negative Gewinnsteuer können Finanzämter schnell Liquidität für die betroffenen Betriebe herstellen. Die Finanzämter können außerdem Steuervorauszahlungen zurückerstatten und Steuergutschriften überweisen. Langfristig können nach Ablauf dieses Ausnahmejahres über eine spitze Abrechnung der Verlust von 2020 mit den Gewinnen von 2019 verrechnet werden. Dies hat den Vorteil, dass kein bürokratisches Antrags- und Bewilligungsverfahren notwendig ist. So wäre gesichert, dass viele solide Betriebe und Selbstständige auch nach der Krise ihrer wichtigen Arbeit nachgehen können. Wir dürfen und wollen sie nicht verlieren.

Ein wirtschaftliches Neustart-Programm für Klein- und Mittelständische Unternehmen muss her

Bei einem Firmenbesuch Ende Juni sprach ich mit dem Inhaber von „Feine Landhaus Wohnkultur“, Hans-Dieter Mast, über die aktuelle Situation vieler Möbelbauer und Handwerks-

Mit jedem Handwerksbetrieb, der keine Nachfolge findet, geht wertvolles Wissen verloren.

betriebe. Seit 125 Jahren stellt der Familienbetrieb im Pfalzgrafenweiler Ortsteil Bösinggen handwerklich solide Möbel her und bezieht dafür regionales Holz. Der Betrieb hat sich auf massive, individuell angepasste Landhauseinrichtungen wie Schränke, Betten, Tische, Eckbänke bis hin zu kompletten Inneneinrichtungen spezialisiert. Hans-Dieter und Antje Mast führen das Unternehmen, das auch umweltzertifiziert ist und drei Arbeitsplätze generiert, seit 1995 in vierter Generation.

Hans-Dieter Mast erläuterte Entwicklungen, die es kleinen Möbelbauern heute sehr schwer machen, gegen Ikea und Co. zu bestehen: „Im Gegensatz zu Amazon oder Ikea müssen wir kleinen und mittelständischen Firmen in Deutschland weltweit mit die höchsten Steuern- und Abgabenlasten stemmen. Die wohlhabende Mittelschicht hat zu wenig Netto-Einkommen, um handwerklich gefertigte Produkte zu kaufen, in denen viele Stunden Facharbeit stecken und sich durch Langlebigkeit auszeichnen.“ Mast sagte, dass bereits viele Betriebe aufgeben mussten oder keine Nachfolger finden. Beispiele aus Bösinggen und Pfalzgrafenweiler blieben nicht aus.

Mit diesen Forderungen bestätigte Hans-Dieter Mast, was ich als FDP-Politiker seit Jahren von vielen Be-



trieben im Landkreis erfahre. Es steht zu befürchten, dass wir vor einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Rezession stehen. Daher brauchen wir ein wirtschaftliches Neustart-Programm. Zur Entlastung der Privathaushalte und Unternehmen sehe ich die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, eine geringere Körperschaftsteuer sowie die Abschaffung der kalten Progression. Diese staatlichen Mindereinnahmen lassen sich ausgleichen, wenn wir nicht nur davon reden, große Konzerne wie Facebook, Amazon oder Apple wirksam zu besteuern. Wir müssen es endlich tun.

Wir stimmten auch überein, dass

Deutschland wieder einen stärkeren Fokus auf Bildung und zukunftsfeste Arbeitsplätze legen muss. „Das Wohlstandsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft muss neu begründet werden. Wie die Nachkriegsgenerationen müssen sich auch heute breite Bevölkerungsschichten den Traum von Wohneigentum verwirklichen und hochwertige Produkte „Made in Germany“ leisten können“, sagte Hans-Dieter Mast. Nach meiner Auffassung ist dies auch ein wichtiger Baustein zum Umweltschutz, weil scheinbar billige Produkte oft eine deutlich schlechtere Ökobilanz vorweisen. Qualität lohnt sich auf lange Sicht - wirtschaftlich und ökologisch.

Jetzt anmelden

1. September 2020 ab 10 Uhr | Talmühle Eutingen-Mühlen

Entdecker-Reise für Kinder

Im Rahmen des Horber **Sommerferienprogramms** möchte ich Kindern die Möglichkeit bieten, mit meinem Team und mir die Geheimnisse der Natur aufzuspüren. Die Entdecker-Reise führt uns mit Umweltpädagogin Manuela Riedling an das Wasserwerk Talmühle zwischen Eutingen und Mühlen. Am dortigen Talbach rüsten sich alle Kinder mit einer Entdeckerweste aus, in der jede Menge Forschermaterialien Platz haben. Damit geht es an den Bach und wir schauen in die geheimnisvolle Unterwasserwelt. Mit Lupe, Fangpinzette, Kescher und Bestimmungs-

hilfe lassen sich die Tiere und Pflanzen genauer erforschen. Natürlich kommen auch Spiele nicht zu kurz. Wir bieten Platz für bis zu 15 Kinder im Alter von 7 bis 11 Jahren. Treffpunkt ist am 1. September um 10 Uhr am Wasserwerk Talmühle (Talmühleweg 60, 72160 Horb). Wenn Sie Interesse haben, Ihr Kind verbindlich anzumelden oder weitere Details zu unserem ca. 5-stündigen Ausflug in Erfahrung bringen möchten, kontaktieren Sie bitte mein Team per E-Mail: info@timm-kern.de oder telefonisch unter **0711 2063 933**.

Wichtige Hinweise:

- Die Veranstaltung findet nur bei gutem Wetter statt.
- Sonnenschutz, Zeckenschutz, ggf. Badeschuhe bzw. ein kleines Handtuch müssen mitgebracht werden, wenn Kinder ins Wasser möchten.
- Bei Außentemperaturen unter 20 °C sind Gummistiefel hilfreich.



*Herzlichen Dank an die FDP-Mitglieder
für das großartige Vertrauen!*

Am 10. Juli 2020 wurde ich für die Freien Demokraten im Wahlkreis Freudenstadt mit 29 von 30 abgegebenen Stimmen und bei einer Enthaltung für die Landtagswahl am 14. März 2021 nominiert. Ich freue mich auch sehr über die Nominierung von Holger Zimmermann als Zweitkandidat. Gemeinsam mit ihm und unseren engagierten FDP-Mitgliedern im Kreis möchten wir uns auch weiterhin für diese wunderschöne und lebenswerte Region einbringen.

Frauenhilfe braucht verlässliche Finanzierung



Martina Sillmann und Beraterin Maria Brighina von der Frauenhilfe Freudenstadt e.V. berichteten mir Anfang April über die aktuelle Situation aus ihrer Sicht: „**Im Vergleich zum Vorjahr war bereits im Januar und Februar ein Anstieg der Fallzahlen erkennbar. Im März kam es zu einer deutlichen Erhöhung um 44 Prozent der Fallzahlen im Vergleich zu 2019 (49 statt 34 Fälle). Dabei handelt es sich vor allem um neue Kontakte**“, sagte Martina Sillmann.

„In vielen dieser Fälle geht es um mas-

siven psychischen Druck, den Frauen zu spüren bekommen. Aber auch unter Stalking über Handy-Apps leiden zunehmend mehr Frauen“, berichtete Maria Brighina, die als hauptamtliche Beraterin tätig ist. Gerade alleinerziehende Mütter sind häufig betroffen. Sie werden von

ihren Ex-Partnern gestalkt und zudem stark bedroht. In manchen Fällen kommt es dazu, dass das Familiengericht sogar ein Annäherungsverbot aussprechen muss. Die Kontaktbeschränkungen durch Corona wirken sich dabei für betroffene Frauen und Familien schwerwiegend aus: „Oft ist bei unseren Klientinnen die Wohnung der Gefährdungsort. Wir hoffen auf eine baldige Lockerung, damit diese Personen verstärkt nach draußen können und beispielsweise im Bekanntenkreis Hilfe und Unterstützung erhalten“, so Maria Brighina.

Die Frauenhilfe unterstützt jährlich zwischen 130 und 160 Frauen. Schwerpunkte sind dabei die Großen Kreisstädte Horb und Freudenstadt.

Der Forderung nach weiteren Öffnungsschloss ich mich an, bei denen vor allem auch Bildungseinrichtungen im Blick sein müssen. Familien und gerade auch Alleinerziehende brauchen dringend Entlastung. Denn oftmals nehmen Kindergärten und Schulen familiäre Probleme wahr und vermitteln Hilfsangebote. Dieser gesellschaftliche Seismograph ist in der Krisenzeit besonders wichtig.

Von Seiten des Landes wünscht sich die Frauenhilfe mehr verlässliche Unterstützung: „Es steht und fällt mit der verlässlichen Finanzierung unserer

hauptamtlichen Fachberatungsstelle. Hierzu braucht es landesweit eine gesicherte Finanzierung.“ Enttäuscht war die Einrichtung deshalb auch,

Wir wollen die Stimme derjenigen sein, die aufgrund von Gewalterfahrungen keine Stimme mehr haben.

Martina Sillmann

dass der angekündigte Soforthilfefonds für Frauen- und Kinderschutzhäuser aus bestehenden und nicht zusätzlichen Mitteln generiert wird.

Auch die langfristige Arbeit der Frauenhilfe geht weiter. Martina Sillmann: „Wir arbeiten mit weiteren Sozialpartnern im Kreis an einem innovativen, offenen Konzept für ein nicht-anonymes Frauenhaus. Dieses könnte durch Bundesmittel gefördert werden. Hier sind auch Bestandteile einer Kinder- und Täterberatung integriert, da wir nicht nur die Symptome, sondern auch die Ursachen lösen wollen.“

Redebedarf bei Kindern und Jugendlichen sehr hoch



„Uns hat es mit voller Breitseite erwischt. Von Bereichen, in denen die Arbeit komplett eingestellt werden musste, bis zu völliger Mehrbelastung in anderen Bereichen hatten wir alles dabei. Unsere Kinderwerkstatt und der Waldkindergarten wurden geschlossen. Die Villa Sonnenheim mit ihrem klaren Tagesablauf beweist sich weiter als fester Anker für die Kinder und Jugendlichen,“ sagte Geschäftsführer Hans-Martin Haist. Er lobte auch die sehr gute Unterstützung vom Landratsamt und der Zivilgesellschaft: „Wir haben beispielsweise 400 Masken durch Privatleute erhalten.

Hoffnungsvolle Zeichen, die uns darin bestärken, dass viele Menschen bereit sind, einen Beitrag für sinnvolle Projekte zu leisten. Dafür bin ich dankbar.“

Gravierende Folgen hat die Corona-Krise für die Arbeit der Akademie.

„Mit unseren Trainings können wir möglicherweise erst im September wieder an die Bildungseinrichtungen gehen. Dies bringt eine schwerwiegende Phase der Kurzarbeit für unsere sechs Angestellten der Akademie.“

Über die Beziehungsarbeit zu den rund 110 Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 18 Jahren sagte Heide Wagner-Aesch, Leiterin der Kinderwerkstatt: „Beziehungsgestaltung ist in dieser Zeit besonders wichtig und wir reagieren durch angepasste

Formate darauf. Durch die Kontaktbeschränkungen haben wir sofort Telefonkontakte verstärkt. Der Redebedarf bei den Kindern und Jugendlichen ist enorm hoch.“ Viele Einzelgespräche werden bei Spaziergängen geführt. Auch über einen Elternbrief, der Strukturhilfen für den Alltag bietet, wandte sich die Stiftung an die ihnen anvertrauten Personen. Im Zentrum der Beziehungsarbeit steht, dass Kindern und Jugendlichen die Sinn-

Sie sind Mutmacher, die unsere Gesellschaft mehr denn je braucht!

haftigkeit ihres Lebens, ihrer Talente und Hoffnungen vermittelt wird: „Wir wollen Ängste bewältigen, damit der nächste Schritt im Leben möglich wird“, so Heide Wagner-Aesch über den pädagogischen Ansatz.

Für mich beweisen diese Berichte, dass sehr viele Einrichtungen die Lage mit einem hohen Maß an Einsatz und

Improvisationskunst meistern. Es ist fundamental wichtig, dass soziale Einrichtungen für Menschen erreichbar sind, die es im Leben sehr schwer haben. Gleichzeitig braucht es so viel Präsenzunterricht wie möglich, damit Kinder und Jugendliche den sozialen Kontakt zu Gleichaltrigen und Lehrkräften wieder erfahren können.

Hans-Martin Haist richtete den Blick ebenfalls in die Zukunft: „Wenn ich durch die Stadt gehe, erkenne ich in manchen Augen viele Ängste. Diese haben mit der Frage nach dem Arbeitsplatz und der eigenen Zukunft zu tun. Hier erwarte ich von Staat und Kirchen Perspektiven, damit diese Menschen aufgefangen werden.“

Heide Wagner-Aesch kündigte an, dass sie mit der Stiftung ein großes Fest feiern werden, sobald dies wieder möglich sein wird: „Es sind diese Lichter am Ende des Tunnels, auf die wir uns gemeinsam freuen.“

Videokonferenz mit der Regierungspräsidentin Sylvia M. Felder (CDU)

Infrastrukturprojekte im Kreis schreiten voran

In ihrer Videokonferenz berichtete mir die Regierungspräsidentin des Regierungsbezirks Karlsruhe, Sylvia M. Felder (CDU), dass die Abstimmung in der Corona-Krise zwischen den Landkreisen sehr gut laufe und starke Institutionen dafür sorgen, dass die Ausbreitung des Corona-Virus bislang gut eingedämmt werden könne.

Neben der Beschaffung von Schutzausrüstung und dem Umgang mit Lieferengpässen zeigte Regierungspräsidentin Sylvia M. Felder großes Verständnis für den im Landkreis Freudenstadt besonders stark betroffenen Gaststätten- und Hotelbereich. Nach ihrer Einschätzung werden viele Bereiche noch lange von Einschränkungen betroffen sein, wodurch beispielsweise gastronomische Betriebe lange nicht ausgelastet sein können.

Gemeinsam mit Jürgen Skarke (Abteilungsleiter Straßenwesen und Verkehr) thematisierten wir den Stand der aktuellen Infrastrukturprojekte im Kreis Freudenstadt:

Bei der **Horber Neckartalbrücke** laufen die Arbeiten weiter. Der dritte Bauabschnitt mit der Neckartalbrücke soll voraussichtlich bis Ende 2020 vergeben und im Frühjahr 2021 mit dem Bau begonnen werden. Was den weiteren Verlauf dieser Achse angeht, soll nach Abschluss der Vorplanungen und Genehmigungen durch die Verkehrsministerien bei Land und Bund eine Realisierung der nächsten Abschnitte nach zeitlicher Priorität erfolgen. Dazu gehören der Bahnübergang Seewald, der Ausbau des „Rauhen Stich“ und die Umfahrung des Horber Hohenberg.



Jürgen Skarke wies darauf hin, dass dabei der Ausbau des „**Rauhen Stich**“ mit Blick auf eine mögliche Terminalansiedlung für den Kombinierten Verkehr im Industriegebiet Horb-Heiligenfeld eine besondere Rolle spielt.

Beim **Freudenstädter Tunnel** werden derzeit die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren zusammengestellt. Ziel ist die Antragstellung für das Planfeststellungsverfahren im

Sommer 2020. Thematisiert wurden auch die Verkehrsentlastungsvorhaben in Baiersbronn und Empfingen. Insgesamt bewerteten beide Gesprächspartner die Anstrengungen beim Infrastrukturausbau im Kreis Freudenstadt aktuell als sehr erfolgreich. Dennoch sind durch die Auswirkungen der Corona-Krise auch Verzögerungen bei den einzelnen Planungs- und Verfahrensschritten nicht auszuschließen.



Gäubahn: Konträre Auskünfte und nur wenig brauchbare Resultate

FDP-Abgeordnete fordern mehr Tempo für die Gäubahn

Als Exportregion in der Mitte Europas ist Baden-Württemberg in hohem Maße von einer leistungsfähigen und intakten Infrastruktur aller Verkehrsträger abhängig. Dies gilt insbesondere für die Gäubahn, die eine der wichtigsten europäischen Schienenachsen für den Personen- und Gütertransport in Mitteleuropa darstellt. Dabei reicht es nicht, nur ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Planungsverfahren in Deutschland gehören zu den bürokratischsten und längsten der Welt. Es vergeht viel zu viel Zeit, bis die bereitgestellten Mittel auch tatsächlich investiert werden. Und so steht auch der Ausbau der Gäubahn seit Jahrzehnten still. Es braucht endlich Tempo für die Gäubahn.

Die grün-geführte Landesregierung verpasste leider die Chance, für eine Aufnahme des Gäubahn-Ausbaus im Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz (MgvG) zu kämpfen und damit die Planung zu beschleunigen. Auf

unsere Anfrage nach den politischen Motiven für die Enthaltung im Bundesrat widerspricht sich das zuständige Verkehrsministerium von Winfried Hermann (Grüne) selbst. Einerseits antwortet sein Ministerialdirektor „die Bundesregierung will mit einem MgvG die Realisierung großer Verkehrsprojekte beschleunigen“, andererseits schreibt er: „Die Landesregierung sieht den Bund und die Bahn in der Pflicht, die seit vielen Jahren konkreten Planungen voranzutreiben.“

Leider nehmen wir wahr, dass Landesverkehrsminister Winfried Hermann zwar gerne den Schienenausbau propagiert, aber pragmatische Fortschritte vermissen lässt. Auch auf unsere Hinweise zur Häufung der Verspätungen und Ausfälle, defektes Wagenmaterial und den ausbleibenden Halt wichtiger Pendlerzüge wird nicht mit konkreten Maßnahmen beantwortet, sondern mit Verweis auf eine „wöchentliche Task Force Qualität Bahn“. Wir hätten uns gewünscht,

das Ministerium benennt einmal konkrete Schritte und Zeitangaben dieser Task Force, mit denen die Probleme einer Lösung zugeführt werden. Von wöchentlichen Meetings allein wurde noch kein Mobilitätsangebot besser.

Immerhin kündigte die Landesregierung nun an, eine Entschädigung von Fahrgästen bei Schlecht- und Minderleistungen zu prüfen. Wir achten darauf, dass dies auch für die Gäubahn umgesetzt wird. Denn es kann nicht sein, dass das Land für jeden ausgefallenen oder massiv verspäteten Zug einen Ausgleich erhält und die Fahrgäste im Regen stehen bleiben.

Wenig Auskünfte gibt es auch in Bezug auf die Veränderungen durch den Neubau am Stuttgarter Hauptbahnhof. Als Ihre Abgeordnete werden wir uns stark dafür einsetzen, dass während und nach der Bauphase am Stuttgarter Hauptbahnhof ein kundenorientiertes Mobilitätsangebot auf der Gäubahn garantiert wird.

Wir brauchen weniger Ankündigungen und mehr Handeln - jetzt!

Digitale Infrastruktur ist ein harter Standortfaktor, der mit darüber entscheidet, ob die demographische Entwicklung eine steigende Tendenz nimmt oder nicht. Dass Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) in ihrer Antwort aus dem Frühjahr 2020 kaum Verbesserungen bekanntgibt oder stärkeres politisches Engagement zeigt, als in der bereits enttäuschenden Antwort auf meine Anfrage vom Sommer 2017, kritisiere ich deutlich: Wieder nur allgemeine Erklärungen und wenig konkretes Handeln. So kommen wir nicht

voran! Beispielhaft steht für mich die Ankündigung der für den Mobilfunk zuständigen Ministerin, angesichts von Vorbehalten in Teilen der Bevölkerung „Maßnahmen zur Aufklärung und Information vorzubereiten.“ Solche Maßnahmen müssten längst umgesetzt sein, schließlich gibt es diese Kritik vor Ort schon jahrelang.

Am 10. März 2020 haben wir Freie Demokraten ein Positionspapier beschlossen, in dem wir **folgende Forderungen** an die Landesregierung vorbrachten:

*Nach wie vor bewerte ich den Ausbau des Mobilfunknetzes im Landkreis Freudenstadt und die Maßnahmen der Landesregierung als **mangelhaft**.*

- » Investitionen in die Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur in Höhe von rund zwei Milliarden Euro
- » Einsatz der Privatwirtschaft, um eine flächendeckende Netzabdeckung sicherzustellen. Überall, wo dies aber wirtschaftlich nicht möglich ist, ist das Land in der Pflicht durch eigene Förderung zu wirken
- » Kommunen bei Kooperationsgesprächen mit Telekommunikationsnetzbetreibern z. B. in Form von Musterverträgen unterstützen
- » Breitband und Mobilfunk müssen zwingend gemeinsam gedacht werden und nicht wie bisher getrennt vom Innen- bzw. Wirtschaftsministerium
- » Clearingstelle Mobilfunk als zentrale Anlaufstelle für den Netzausbau für Kommunen, Unternehmen und Bevölkerung einrichten
- » Mit Mediatoren-Teams Akzeptanz für Mobilfunkausbauprojekten vor Ort schaffen
- » Das Mobilfunknetz auf der Basis eines Funklochscreenings so schnell wie möglich kartographieren
- » Mit einer Förderrichtlinie nach dem Vorbild der bayerischen Mobilfunkrichtlinie die Kommunen in Erschließungsgebieten in die Lage versetzen, sich selbstständig mit der Erstellung von erforderlicher Infrastruktur einzubringen



Die Corona-Krise als Chance auf spürbare Verbesserung begreifen

Veränderungspotenzial für eine erstklassige Bildung nutzen

Die Corona-Pandemie hat unser Bildungswesen von heute auf morgen auf den Kopf gestellt. Obwohl alles andere als ein befriedigender Stand der Digitalisierung an den Schulen vorhanden war, mussten sich Eltern, Lehrer und Schüler vom Präsenzunterricht auf digital gestütztes Lernen zu Hause umstellen. Die Erfahrungen sind zwiespältig: Viele Lehrer, Eltern und Schüler zeigen ein großartiges Improvisationsvermögen und kommen auch unter diesen schwierigen Bedingungen gut voran. Gleichzeitig gibt es Lehrer, von denen Eltern und Schüler über Wochen hinweg zu wenig Engagement gespürt haben und umgekehrt – Schüler und Eltern, mit denen es als Lehrer über Wochen nicht möglich war, Kontakt aufzunehmen.

Die Öffnung der Schulen bedeutet eine ebenso große Herausforderung: Prüfungen gilt es zu bewältigen, Versäumtes aufzuholen, den Schulalltag unter großen Hygiene- und Abstandsvorschriften zu meistern. Damit einher geht aber auch ein großes Potenzial für Veränderungen. Dieses gilt es zu nutzen, um ein Bildungsangebot zu entwickeln, das jedem jungen Menschen die Chance auf bestmögliche Entfaltung garantiert. Mehr Freiheit bedeutet dabei für uns Freie Demokraten stets auch mehr Verantwortung. Das gilt für jeden Einzelnen wie auch für den Staat, der den verbindlichen Rahmen für das Bildungswesen setzt. Deshalb hat das Land die besondere Verpflichtung, für die besten Bildungsbedingungen zu sorgen. Verbunden ist damit eine deutlich stärkere politische und finanzielle Schwerpunktsetzung im Bildungsbereich. Die Bildung unserer Kinder ist zu wichtig, als dass wir uns ein zweitklassiges Bildungswesen leisten könnten. Deshalb fordert die FDP/DVP-Fraktion **Akutmaßnahmen im Bildungsbereich** und zieht fünf **grundlegende Schlussfolgerungen** aus den Erfahrungen der Corona-Zeit. →

Was jetzt zu tun ist – fünf Akutmaßnahmen

| 02

| 01

Verlässlicher Fahrplan für die Schulrückkehr

Eine von der Landesregierung in Auftrag gegebene Studie hat als erstes Ergebnis ergeben, dass Kinder bis zu zehn Jahren nicht nur seltener erkranken, sondern als Überträger des Virus nur eine untergeordnete Rolle spielen. Deshalb war es richtig und dringend notwendig, neben der Kinderbetreuung auch die Grundschulen zügig wieder zu öffnen. Da an den Grundschulen die Grundlagen der Bildung gelegt werden, droht eine Schulschließung bei Grundschulern besonders schwer ins Gewicht zu

fallen. Für die Frage einer schnelleren Öffnung der weiterführenden Schulen müssen sowohl das Infektionsgeschehen genau beobachtet und auch die Einschätzung der Kinder- und Jugendärzte berücksichtigt werden, so dass zeitnah reagiert werden kann. In jedem Fall brauchen Lehrer, Eltern und Schüler Klarheit und Planungssicherheit, wer wann wieder zur Schule geht, welche Angebote Pflicht und welche freiwillig bzw. zusätzlich sind, wie die Rahmenbedingungen für das weitere Lernen zu Hause sind und welche IT-Ausstattung mit Hard- und Software eingesetzt wird.

Ein Konzept für die Aufarbeitung ver- säumter Lerninhalte

Neben zusätzlichen Angeboten in den Ferien müssen die Schüler individuelle Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der zu besuchenden Klassenstufe erhalten. Konkret setzen wir uns wie der Philologenverband für einen Freischuss ein.

Hierdurch würde es Schülerinnen und Schülern ermöglicht, das Corona-Schuljahr freiwillig zu wiederholen, ohne dass dies als Nichtversetzung gilt; die entsprechende Möglichkeit zum Wechsel der Klassenstufe bestünde bis zum Ende des ersten Schulhalbjahres 2020/21. Dies wäre eine sinnvolle Ergänzung zu einer für ein halbes Jahr ausgesetzten Versetzungsentscheidung, wie wir sie vorschlagen. Es muss klar sein, dass keinem Schüler ein Nachteil aus der Schließung der Schulen entstehen darf. Klar ist aber auch: Alle Schülerinnen und Schüler nur ins kommende Schuljahr zu versetzen, ohne ihnen eine Perspektive für die Aufarbeitung versäumter Lerninhalte zu geben, ist alles andere als ein echter Nachteilsausgleich.

Zusätzliche Räume für Bildung

Auch wenn die Schulträger und nicht das Land für die Schulgebäude zuständig sind, dürfen Kommunen und freie Träger im Fall bestehender oder zu erwartender Raumnot nicht alleine ge-

lassen werden. Wir brauchen einen Kraftakt von Land und Kommunen, um zusätzliche Räume für Bildung, beispielsweise in derzeit geschlossenen Gebäuden, zu schaffen: für den Schulunterricht, aber vor allem auch als Arbeits- und Lernräume für

die Schülerinnen und Schüler. Hierfür muss das Land den Trägern mit finanziellen Mitteln unter anderem für Mieten, Aufsichtspersonal und Hygieneausstattung, aber auch direkt mit leerstehenden landeseigenen Gebäuden beispringen.

| 03

Deutlich mehr Tempo und mehr Professionalität bei der Digitalisierung der Schulen

Eines hat die Zeit der geschlossenen Schulen deutlich gemacht: Die Digitalisierung der Schulen braucht deutlich mehr Tempo und mehr Professionalität. Die FDP/DVP-Fraktion fordert, dass die bereits zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Digitalpakt Schule zügig und unbürokratisch fließen. Insbesondere die Ausstattung der Lehrer und Schüler mit digitalen

Endgeräten, aber auch die Anschaffung von Software-Lösungen für den digitalen Unterricht sollten nicht auf die Genehmigung des Medienentwicklungsplans der jeweiligen Schule warten müssen. Vielmehr muss den Schulen und Schulträgern zeitnah eine Positivliste mit förderfähigen Systemen und Lösungen an die Hand gegeben werden, die für den digitalen Unterricht geeignet sind und den Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit genügen.

| 04

Mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und der Realschullehrerverband (RLV) mahnten an, das vom Land relativ strikt vorgegebene rollierende System bei der Belegung der Schulgebäude zu öffnen und den Schulen vor Ort flexible Lösungen unter Einhaltung der Vorgaben des Gesundheitsschutzes zu ermöglichen. Diese Forderung unterstützen wir ausdrücklich. Gerade in Situationen wie der derzeitigen, ist es von entscheidender Bedeutung, den Verantwortlichen vor Ort Rückendeckung zu geben und Vertrauen zu schenken. Wer, wenn nicht sie, die die Verhältnisse vor Ort am besten kennen, könnten die jeweils beste Lösung finden? Auch sollte eine Schule, die über die räumlichen und personellen Voraussetzungen verfügt, über den vorgegebenen Rahmen hinaus weiteren Präsenzunterricht anbieten können.

| 05



Individuelles und soziales Lernen in Einklang bringen – fünf Schlussfolgerungen aus der Corona-Pandemie



| 01

Die Erfahrungen des Lernens zu Hause haben all jene widerlegt, die meinten, die Digitalisierung mache den Lehrer überflüssig oder er könne durch einen bloßen „Lernbegleiter“ ersetzt werden. Im Gegenteil – die

Auf die Lehrer kommt es an!

zentrale Bedeutung des Lehrers als menschliches, Orientierung gebendes Gegenüber im Lernprozess wurde für jedermann offensichtlich. Wir müssen daher die besten Köpfe als Lehrerinnen und Lehrer gewinnen, sie aus- und fortbilden und schließlich auch halten. Dafür bedarf es guter Arbeitsbedingungen und Perspektiven. Ein Klassenteiler von 28 Schülern, die Abschaffung der Sommerferien-Arbeitslosigkeit bei Vertretungslehrkräften und Referendaren, die Beseitigung des Fachlehrkräfte-Beförderungsstaus sowie Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten tragen dazu ebenfalls bei.

Die Schließung der Schulen bedeutete für Lehrer, Eltern und Schüler in einer bisher ungekannten Weise auf sich selbst gestellt zu sein. Gleichzeitig wurde transparent, welche fundamentale Rolle die soziale Interaktion beim Lernen spielt. Weder die Mitlernenden noch der Lehrer sind ersetzbar. Das zeigte sich insbesondere dort, wo Eltern und Familien nicht in der Lage waren, einzuspringen und beim Lernprozess zu unterstützen. Es ergibt sich eine doppelte Aufgabenstellung: Einerseits gilt es, die Chance und die Möglichkeiten der Digitalisierung für die bestmögliche Entfaltung jedes Schülers zu nutzen, indem Lernprozesse stärker auf seine individuellen Bedürfnisse abgestimmt werden. Andererseits gilt es, ein förderliches soziales Umfeld für jeden Schüler sicherzustellen. Was bedeutet dies konkret und wie kann diese doppelte Aufgabenstellung erfüllt werden?

| 02

Die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrern neu entfalten!

Corona hat die elementare Bedeutung der Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrern noch einmal deutlich werden lassen. Für eine gelebte Bildungspartnerschaft zum Wohle aller Kinder und Jugendlichen bedarf es einer Kultur des intensiven Austauschs und der echten Zusammenarbeit. Für beide Seiten bedeutet dies Möglichkeiten

und Pflichten zugleich. Neben kurzen Wegen der Kontaktaufnahme, bedarf es fester Formen der Kontaktpflege beispielsweise in Form von verbindlichen Eltern-Lehrer-Gesprächen. Das gilt umso mehr, wenn Eltern mehr Mitverantwortung im Lernprozess ihrer Kinder übernehmen wollen. Formen dezentralen Lernens stehen wir grundsätzlich offen gegenüber, sofern sie unter staatlicher Schulaufsicht und in Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer stattfinden.

Möglichst viel Wahlfreiheit im Bildungsan- gebot schaffen!

Zwischen gebundenen und offenen Angeboten beim Ganzttag wählen zu können, gehört ebenso dazu wie der Erhalt der Haupt- und Werkrealschulen, der Vielfalt der Beruflichen Schulen, der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ), die Stärkung der Realschulen und eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 sowie die Möglichkeit, eine Schule in freier Trägerschaft besuchen zu können. Eine Senkung des Klassenteilers auf

28 Schüler an allen weiterführenden Schulen streben wir an. Um ein möglichst einheitliches Niveau zu schaffen, ist die Grundschulempfehlung wieder verbindlich auszugestalten - mit einem Letztentscheidungsrecht der aufnehmenden Schule. Eine Schule soll darüber hinaus die Möglichkeit erhalten, bei Personalknappheit zur individuellen Förderung eines Schülers vorübergehend von den allgemeinen Vorgaben zur Stundentafel abzuweichen.

| 03

| 04

Bund, Länder und Gemeinden sind aufgefordert, einen Digitalpakt 2.0 zu vereinbaren und längerfristig die Finanzierung der digitalen Infrastruktur, die Ausstattung von Schulen, Lehrern und Schülern mit Hard- und Software und die Wartung und Aktualisierung der Systeme

Die Digitalisierung der Schulen als gesamstaatliche Aufgabe begreifen!

durch einen „digitalen Hausmeister“ sicherzustellen. In vielen Fällen bietet es sich an, die Digitalisierung mit einer Sanierung oder einem An- oder Umbau des Schulgebäudes zu verbinden. Darüber hinaus müssen ausreichend Lehreraus- und -fortbildungsangebote im Bereich der digitalen Bildung vorhanden sein. Das Fach Informatik ist an allen weiterführenden Schulen mindestens als Wahlpflichtfach einzurichten. Gleichzeitig brauchen wir eine Medienbildung ab Klasse 1.

Die Eigenverantwortung der Schulen stärken!

Die einzelnen Schulen sind bereits jetzt die zentralen Einheiten des Innovations- und Veränderungsprozesses. Wird das digitale Lernen ausgebaut, kommt der Schule als Dreh- und Angelpunkt und als zentralem sozialen Bezugspunkt eine umso größere Bedeutung zu. Die Eigenverantwortung zu stärken heißt konkret, neben einem verlässlichen Budget und inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten mehr Möglichkeiten der Personalauswahl und -entwicklung zu geben. Die Schlüsselposi-

tion nehmen in diesem Prozess die Schulleiter ein. Gerade für einen gelingenden weiteren Ausbau des digitalen und dezentralen Lernens gilt es sicherzustellen, dass die Schulleiter mit ausreichend Kontroll- und Durchsetzungsmöglichkeiten ausgestattet sind. Im sozialen Bezugspunkt Schule darf ein funktionierendes Unterstützungssystem aus Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern und Beratungslehrern nicht fehlen. Land und Kommunen müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein entsprechend gut ausgebautes Angebot vor Ort gestaltet werden kann.

| 05

 0711 2063 933

 info@timm-kern.de

 facebook.com/kerntimm

 instagram.com/timmkern

 twitter.com/timmkern

 www.timm-kern.de

Wahlkreisbüro
Schillerstraße 14
72160 Horb am Neckar

Landtagsbüro
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Freie
Demokraten

FDP

Dieser Newsletter ist keine Einbahnstraße. Ihre Fragen, Anregungen oder auch Kritik sind willkommen. Treten Sie mit mir in Kontakt.